

AKRÜTZEL

Jenas führende Hochschulzeitung



Extrablatt
3. September 2009
20. Jahrgang
www.akruetzel.de

Farbe bekennen

Ein Extrablatt gegen das vierte „Fest der Völker“

„Zivilcourage zeigen“

Pößnecks Bürgermeister Michael Modde über das „Fest der Völker“

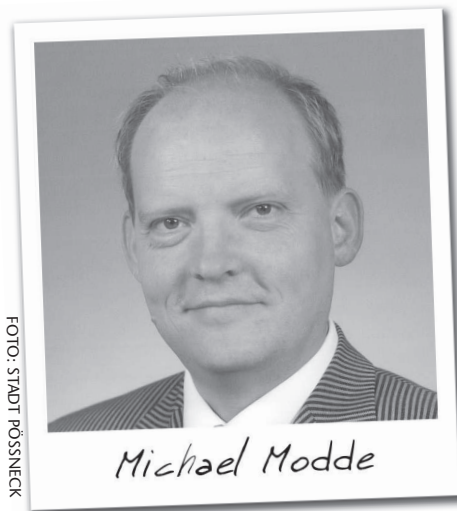


FOTO: STADT PÖßNECK

Michael Modde

Herr Modde, warum findet das so genannte „Fest der Völker“ dieses Jahr in Pößneck statt?

Vermutlich haben die Neonazis das „Fest der Völker“ aus Rache in Pößneck angemeldet. In diesem Frühjahr war eine rechte Musikveranstaltung in Pößneck geplant. Unser Landkreis hat es aber geschafft, diese zu verhindern. Die Neonazis meinen, wir würden undemokratisch mit ihnen umgehen.

Gibt es eine rechte Szene in Pöß-

neck?

Unsere Stadt ist nicht „rechter“ als andere Städte in Thüringen. Mir sind keine rechten Gewalttaten bekannt. Vor ein paar Jahren wurden die Fenster von Dönerbuden eingeschlagen, aber ob das die Neonazis waren, ist unklar.

Aber es gibt doch das Schützenhaus in Pößneck, in dem sich Neonazis engagieren.

Das Schützenhaus gehört Herrn Rieger [NPD-Funktionär Jürgen Rieger, Anm. der Redaktion], er hat es auf einer privaten Auktion 2003 gekauft und nutzt es seit vergangenem Jahr. Die NPD plant in dem Haus Wahlkampfaktionen für die Landtags- und Bundestagswahl. Auch der Jenaer Aktivist André Kapke ist zurzeit sehr stark in Pößneck aktiv.

Wie wehren sich die Pößnecker gegen das „Fest der Völker“?

Wir haben viele Gegenaktionen geplant. Am 12. September findet eine „Meile der Demokratie“ unweit des Viehmarktes statt, auf dem die NPD die Veranstaltung angekündigt hat. Wohltätigkeitsvereine, die evangelische Kirche, Aktionsnetzwerke gegen Rechtsextremismus und Sportvereine

werden mit verschiedenen Aktionen protestieren. Ein Hotel wird ausländische Speisen verkaufen, es gibt einen Stand, an dem T-Shirts und Plakate gestaltet werden können. Sicherlich wird es auch eine Protestdemonstration geben.

Wie wollen Sie die Pößnecker animieren gegen die Neonazi-Veranstaltung zu demonstrieren?

Ich kann nur an die Menschen appellieren, Zivilcourage zu zeigen und möglichst zahlreich an diesem Tag auf die Straßen zu gehen. Außerdem gibt es eine Aktionswoche vor dem „Fest der Völker“ mit Kundgebungen und Diskussionsrunden, bei denen die Pößnecker über den Hintergrund dieser Veranstaltung aufgeklärt werden sollen.

Werden Sie alle Gegenaktionen unterstützen?

Ich lehne Gewalt im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen ab, so wie ich auch jegliche Ordnungswidrigkeiten ablehne. Mir ist wichtig, dass die Menschen gewaltfrei demonstrieren.

Das Gespräch führte Kristin Haug

Legitimation für Sitzblockaden

Gastkommentar des Stura-Referats gegen Rechtsextremismus

Anfang Juli: Die NPD will in Jena ihren Landtagswahlkampf mit einer Kundgebung eröffnen, doch der Auftakt wird zum Desaster. Mehrere Stunden müssen die Neonazis in einer Tiefgarage warten, weil deren Ausgang von über hundert Personen blockiert wird.

Friedliche Sitzblockaden sind in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ein immer beliebteres Mittel. Und das, obwohl eine Sitzblockade eine Ordnungswidrigkeit ist, ein absichtlicher Verstoß gegen die Gesellschaftsordnung, die damit verteidigt werden soll. Dieser Widerspruch muss aufgelöst werden, damit Sitzblockaden auch weiterhin als Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats und nicht als Angriff darauf verstanden werden sollen.

Eine Möglichkeit, gar nicht erst Naziveranstaltungen sitzend blockieren zu müssen, wäre, sie grundsätzlich zu verbieten. Juristen würden festlegen, was als Naziveranstaltung zu betrachten ist. Doch sicher gäbe es Fehlentscheidungen und damit wieder Sitzblockaden. Viel problematischer jedoch: Wir müssten die selbst auferlegte Verantwortung wieder an den Staat und die Justiz abgeben.

Die andere Möglichkeit ist Sitzblockaden zu legitimieren und sie explizit als Demonstrationsform zu erlauben. Politische Artikulation ist immer ein Eingriff ins öffentliche Leben, warum nicht auch in das von Neonazis?

Unser Rechtssystem wäre um ein bisschen mehr direkte Demokratie und Beteiligung am gesellschaftlichen Geschehen

bereichert. Und ein weiterer Vorteil dieser Protestform ist, dass bei Sitzblockaden viel Zeit zum Nachdenken bleibt.

Bist du also gekommen, um zu bleiben, frei nach dem Motto: „Wo ein Körper ist, dort kann kein zweiter sein“, dann solltest du dich zudem für Sitzblockaden als Form der politischen Artikulation einsetzen. Wer ausprobieren will, wie es sich anfühlt im Konflikt mit dem Recht zu stehen und gleichzeitig den Rechtsstaat zu verteidigen, dem kann nur wärmstens empfohlen werden, am 12. September nach Pößneck zu fahren. Dort findet sich sicher die eine oder andere Gelegenheit in einer „räumlichen Zone des inneren Widerspruchs“ zu verweilen, zu diskutieren und den Widerspruch zu fühlen.

Berengar Lehr

Nazis auf dem Viehmarkt

Rechtsextremes „Fest der Völker“ dieses Jahr in Pößneck



Von Jena über Altenburg nach Pößneck – das ist leider keine Wanderoute durch Mittel- und Südhöringen, sondern dies sind die bisherigen Veranstaltungsorte des „Fests der Völker“.

Dieses von Neonazis organisierte Rock- und Propagandafestival, geprägt auch durch die Beteiligung vieler Bands aus dem Ausland, findet in diesem Jahr schon zum vierten Mal statt. Ursprünglich sollte für mindestens zehn Jahre Jena der Veranstaltungsort sein. Bereits letztes Jahr ist es aber nach Altenburg umgezogen und wird 2009 nun erstmals in der Kleinstadt Pößneck im Saale-Orla-Kreis gefeiert.

Der Name des Festes ist angelehnt an Leni Riefenstahls Film über die olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin. „Zugleich sind der Name und auch der Slogan der Veranstalter aber auch Rekurs auf die SS, genauer auf deren Europakonzept. Die Deutschen sollten diesem Konzept nach in Europa zwar die Führungsrolle übernehmen, aber regionale Nationalsozialisten die Praxis bestimmen“, so Rechtsrockexperte Jan Raabe. Das Motto der Veranstaltung „Für ein Europa der Vaterländer“ ist also keineswegs im Sinne Charles de Gaulles zu verstehen, der dieses geflügelte Wort prägte.

Das „Fest der Völker“ ist Teil einer Reihe von sich ähnelnden Veranstaltungen wie etwa dem „Thüringentag der nationalen Jugend“ oder dem NPD-Open-Air „Rock für Deutschland“ in Gera. Diese werden zum Großteil vom „Thüringer Heimatschutz“, einem Sammelbecken

für die nationalsozialistischen „Freien Kameradschaften“, und von der Thüringer NPD geplant und finanziert, wobei sich in den letzten Jahren gerade der Ortsverband Jena besonders engagiert hat. „Events wie das ‚Fest der Völker‘ sind für die NPD extrem wichtig. Dabei sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: Einerseits gelingt es der NPD mittels dieser Events, mehr Jugendliche für ihre Wahlkampfveranstaltungen zu mobilisieren, zum anderen kann sie sich als Partei der Jugend darstellen“, sagt Raabes Kollege Christian Dornbusch. Medium der Infiltrierung ist auch hier die Musik. Die Musiker, die während des Festes auftreten, stammen zum Großteil aus dem in Deutschland verbotenen, europaweiten „Blood and Honour“-Netzwerk für rechtsextreme Bands.

Der ländliche Raum als neue Plattform

Nachdem die Veranstaltung bereits 2006 von Jenaer Vereinen und Bürgerinitiativen verhindert werden konnte und auch 2007 eine Vielzahl von Gegenaktionen (darunter die „Randstreifenaktion“, bei der Jenaer Bürger zwei Tage lang an der Stadtrodaer Straße ein Transparent gegen das Fest hochgehalten hatten) den Rechtsradikalen die Feierlaune verdarb, zog das Fest letztes Jahr nach Altenburg um. Die Hoffnung der Organisatoren, dort auf weniger Proteste zu stoßen und ungestörter ihren Bands zuhören zu können, wurde nur

zum Teil erfüllt. Dennoch versuchen sie offensichtlich weiterhin, die ländlichen Strukturen kleinerer Thüringer Orte für ihre Zwecke zu nutzen.

Die Pößnecker haben Angst

Nun also ist 2009 der Veranstaltungsort noch eine Nummer kleiner, denn je weniger Leute vor Ort, desto kleiner die Protestbewegung, so die Rechnung der Veranstalter. Außerdem hat man im ländlichen Raum sehr viel weniger Erfahrung mit rechter Gewalt als beispielsweise in der Universitätsstadt Jena. „Daraus resultiert auch die gesteigerte Angst der Pößnecker“, sagt Janine Patz von KoKont, der „Koordinierungs- und Kontaktstelle des Runden Tisches für Demokratie“. Genau aus diesem Grund, so meint Patz, sei die Stadt auch nicht nur von den Besuchern des „Fests der Völker“ eingeschüchtert, sondern ebenfalls von Gegendemonstranten aus Antifa-Kreisen. Deswegen sei es dieses Jahr – noch mehr als in den vorherigen – notwendig, Protestierende von außerhalb und „aus der Mitte der Gesellschaft“ zu mobilisieren. Dies ist auch eines der Hauptziele des „Aktionsnetzwerks gegen Rechtsextremismus Jena“ und des Referats gegen Rechtsextremismus des Stura der FSU. Ebenso engagieren sich zum Beispiel der Jenaer Oberbürgermeister Schröter und die evangelische Kirchengemeinde Pößneck gegen das „Fest der Völker“.

Auf die Plätze, fertig, bunt!

Im Bündnis mit vielen regionalen Unternehmen veranstalten KoKont und das Aktionsnetzwerk Jena am Tag des „Fests der Völker“ das Straßenfest „Meile der Demokratie“. Mit den unterschiedlichsten Aktionen – von „Melken gegen Rechts“ über eine Ausstellung zur Judenverfolgung in Pößneck bis hin zu Bands, die am Abend spielen werden – soll die breite Masse der Bevölkerung angesprochen werden. Bei so viel Engagement bleibt also nur zu hoffen, dass sich möglichst viele Menschen finden, die am 12. September mit ihrer Beteiligung an der Gegendemonstration ein Zeichen für ein tolerantes und demokratisches Thüringen setzen.

**Dirk Hertrampf und
Anna Zimmermann**



„Unverblühtes Bekenntnis“

Interview mit zwei Rechts-Rock-Experten

FOTO: LUTZ PRAGER

Christian Dornbusch und Jan Raabe sind bekannte Experten im Bereich Rechts-Rock. Gemeinsam haben sie beispielsweise das Buch „RechtsRock — made in Thüringen“ geschrieben. Für AKRÜTZEL haben sie einige Fragen über den Hintergrund des „Fests der Völker“ beantwortet.

Warum etablierte sich so ein Nazimusikfestival unter dem Namen „Fest der Völker“ in Thüringen – und kann schon zum vierten Mal stattfinden?

Ein solches Festival kann sich dann etablieren, wenn einerseits das Programm so gut ist, dass es genug Teilnehmer anlockt, damit sich das Event politisch und finanziell rechnet. In diese Rechnung müssen auch die Gegenaktionen einbezogen werden. Es kommen weniger Besucher, wenn im Vorhinein nicht sicher ist, ob das Festival überhaupt durchgeführt werden kann oder ob es nicht doch noch untersagt wird, und es kommen weniger, wenn es vor Ort starke Gegenaktivitäten wie beispielsweise Blockaden der Zivilgesellschaft gibt – das vermiest den Leuten schon ein wenig das Fest.

Trotzdem findet das „Fest der Völker“ nach wie vor statt.

Es ist so, dass es bisher immer noch passte für die Besucher, was wohl auch an der internationalen Ausrichtung liegt und den Versuchen der Veranstalter, ein vielfältiges Programm zu bieten. Aus

unserer Perspektive ist allerdings unverständlich, warum das Fest stets ungestört von Seiten der Behörden über die Bühne gehen kann. Die Rede von Jürgen Rieger im letzten Jahr, in der er offen Hitler und den Nationalsozialismus verherrlichte, war unerträglich! Aber vielleicht ist es der Polizei bei einer solchen Teilnehmerzahl auch zu riskant einzuschreiten – das wäre aber ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

Die Mischung aus Wahlkampf und Event – aus Reden und Konzerten – stellt das eine neue Qualität am rechten Rand dar?

Ganz neu ist das nicht, aber es ist ein Phänomen, das sich erst in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Die neue Qualität liegt in der Zahl der mobilisierten Anhänger, welche bei solchen Events oftmals weit über der von anderen Veranstaltungen liegt, also im Vergleich beispielsweise zu Aufmärschen.

Nach dem Großereignis in Gera mit über 4.000 Nazis beim „Rock für Deutschland“ – was meinen Sie, wieviele Neonazis zum „Fest der Völker“ kommen?

Das ist schwer zu sagen, wir denken, es wird sich im Rahmen der Vorjahre bewegen. Aus der Bandauswahl lässt sich noch nicht rückschließen, wie es in Gera mit der Ankündigung der „Lunikoff Verschwörung“ der Fall war, ob es dieses Jahr wesentlich mehr werden

als in den vergangenen Jahren. „Rotte Charlotte“ und „Eternal Bleeding“, die dieses Jahr als deutsche Bands auf dem FdV auftreten sollen, sind in der Szene beliebt, ebenso wie die „Verszerzödes“ aus Ungarn, „Preserve White Aryans“ (PWA) aus Estland und „Brigada 1238“ aus Spanien, doch, wie gesagt, an die Beliebtheit von „Lunikoff“ reichen sie nicht heran.

Verliert das FdV in Thüringen innerhalb der Szene an Bedeutung?

Wir glauben nicht, dass das FdV an Bedeutung verliert. Es konnte sich in Thüringen, wenn auch mit Schwierigkeiten, in den letzten Jahren etablieren – sicherlich nicht so gut wie das „Rock für Deutschland“, da den Veranstaltern des FdV stark von Seiten der Zivilgesellschaft entgegengetreten wurde. Das erschwert es den Neonazis, derartige Festivals durchzuführen.

Warum wird von Staatsseiten ein solches offensichtlich rechtsextremistisches Festival nicht einfach verboten?

Unseres Erachtens sehen die zuständigen Stellen nicht die Punkte, die gegebenenfalls für ein Verbot herhalten können. Doch das lässt sich vielleicht auch sehr leicht sagen. Die rechtlichen Anforderungen für ein Verbot sind hoch. Da müssen die Ordnungsbehörden wirklich sehr gründlich und innovativ sein, um die zu erfüllen, und zwar

so, dass sie dann vor Gericht, das in der Regel letztlich über ein Verbot entscheidet, Bestand haben. Die Gerichte siedeln die freie Meinungsäußerung sehr hoch an. Und es darf nicht vergessen werden, dass es sich beim FdV nicht um ein Rock-Konzert handelt, sondern um eine politische Veranstaltung, der auf Basis des Grundgesetzes auch ein besonderer Schutz zukommt.

Neonazis sind jetzt schon seit mehreren Jahren nicht mehr einfach an Springerstiefeln und Bomberjacke zu erkennen. Lockt das FdV auch neuere, aber deswegen nicht harmlosere Gruppierungen wie die Autonomen Nationalisten nach Thüringen?

Schon im letzten Jahr waren viele Teilnehmer des FdV keine klassischen Skinheads mehr, sondern ähnelten auf den ersten Blick Teilen des linksalternativen Spektrums. Dieser neue Style darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei diesen Personen um Neonazis handelt, egal was sie an Kleidung tra-

gen. Dass erst das FdV diesen Style in Thüringen bekannt gemacht hat, glauben wir nicht. Die so genannten „Autonomen Nationalisten“ sind derzeit eine modische Erscheinungsform des neonazistischen Spektrums, deren Existenz und Auftreten sich in den letzten Jahren verbreitet hat.

Werden auch Bands aus dem verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk auftreten?

Immer wieder spielen auf dem FdV Bands, die häufig in ihren Ländern mit dem „Blood & Honour“-Netzwerk in Verbindung stehen, das in Deutschland verboten ist. Dabei geht es aber unserer Einschätzung nach weniger darum, mittels des FdV in Deutschland das B&H-Netzwerk weiterzuführen, sondern das sind einfach die Bands, die die Veranstalter gerne sehen möchten, nicht zuletzt weil sich diese Bands unverblümt zum Nationalsozialismus bekennen. Und solche finden sich international eben unter dem Dach von „Blood & Ho-

nour“ zusammen. Dass sie in der BRD bei den Events der NPD auftreten, zeigt nicht mehr und nicht weniger als den politischen Standpunkt der NPD.

Euer eigenes Statement zum Fest der Völker 2009?

Altenburg 2008 sollte all jenen zum Vorbild dienen, die sich dieses Jahr aufmachen, gegen das FdV zu protestieren. Auch wenn das Festival letztes Jahr stattfinden konnte, zeigte die breite Gegenmobilisierung doch auch Erfolge. Zu hoffen ist, dass sich dieses Jahr noch einmal mehr Menschen an den Protesten beteiligen werden als 2008. Irgendwann, wenn es zu viele sind, dann ist es für die Neonazis auch nicht mehr möglich, zu ihrem Hetzival durchzukommen. Und je lauter die Gegenproteste sind, desto mehr werden sie vernommen und desto weniger klingen dann die Töne der politischen Hetzer durch die Stadt!

Das Gespräch führten Kersten Kottnik und Norman Beberhold

Auch über den Stadtrand hinaus

Ein Kommentar zu „gelebter Demokratie“ und Nazifesten

Laut eigener Aussage konzentriert die NPD schon seit einiger Zeit ihre politischen Aktivitäten auf Thüringen, und mit ihrem aggressiven Wahlkampf der letzten Wochen zeigt sie, dass es ihr mit dem Errichten eines „braunen Herzens Deutschlands“ ernst ist.

Passend dazu greift die Partei auf Bundes- und Landesebene zu immer offensiveren rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen, um ihre Wähler zu mobilisieren. Ihr aggressives Auftreten soll jedoch vor allem von der Tatsache ablenken, dass die Partei zum politischen „Tagesgeschäft“ eigentlich gar nicht in der Lage ist: Der NPD steht finanziell und strukturell das Wasser bis zum Hals.

Ein aktueller Höhepunkt der Schwierigkeiten war die Räumung des berüchtigten „Braunen Hauses“, des klapprigen Hauptquartiers des NPD-Kreisverbandes in Jena, am vergangenen Mittwoch.

Den Rechtsnationalen haben in den letzten Jahren zunehmend die inhaltlichen Argumente gefehlt, um neue Anhängerschaften zu gewinnen. Die größten Erfolge konnten sie daher nicht durch ihre Politik oder ihre Argumente feiern, sondern durch Propaganda: durch die Verteilung von Schulhof-CDs mit rechts-

extremer Musik, und durch Veranstaltungen wie eben das FdV oder das „Rock für Deutschland“ in Gera. Das so genannte „Fest der Völker“ übernimmt damit eine immer wichtigere Rolle für die Neonaziszene: Es funktioniert als ideologischer Rettungsanker für die Außenwirkung und die Finanzen der chronisch von Steuerskandalen und Machtkämpfen geschüttelten Nationalisten. Das „Fest der Völker“ bietet eine wichtige Einnahmequelle für die NPD und die regionalen Gruppierungen. Und es trägt als einziges legales Gipfeltreffen der rechtsextremen Szene und „Kulturprominenz“ dazu bei, dass auch die weniger entschlossenen Mitläufer der Szene durch die „kulturelle“ Großveranstaltung angezogen und so organisiert und radikalisiert werden.

Das FdV birgt also ein enormes Prestige und Finanzpotential für die Neonaziszene aus ganz Deutschland. Das macht es so wichtig, auch wenn es aus der Großstadt Jena scheinbar bis in die Provinz zurück gedrängt wurde. Pößneck ist für die rechte Szene keineswegs ein Dorf, sondern ein Zentrum der Organisation in Thüringen. Für Jena gilt jetzt: „Aus den Augen“ ist eben nicht „aus dem Sinn“. Die Räumung des „Braunen Hauses“ bedeutet

keineswegs, dass „aufgeatmet“ werden darf oder dass das Problem der Rechtsextremen in Jena und Umgebung nun mit dem Haus „ausgeräumt“ wäre. Im Gegenteil: Das momentane Verschwinden des Rechtsextremismus aus unserem Blickfeld lässt uns bequem und kurzsichtig werden, weil wir glauben, das Übel aus der Stadt getrieben zu haben. Was bedeutet „gelebte Demokratie“, die uns als neues Modewort von jeder gutbürgerlichen Fassade anlächelt, aber für uns? Sie muss bedeuten, dass inhaltliche demokratische Argumente nach außen getragen werden, dass über den eigenen städtischen Tellerand hinaus politisches Gesicht gezeigt wird, und dass es nicht nur darum geht, dass Intoleranz und Rassismus nicht mehr vor der eigenen Haustüre statt finden, sondern dass sie, egal wo, keine Berechtigung haben. Argumente gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Menschenverachtung lassen sich genügend finden. Aber sie auszusprechen, zu verteidigen und auf den Prüfstand zu stellen: Darin liegt die eigentliche Bedeutung „gelebter Demokratie“. Also gilt auch für Pößneck: hinfahren und Gesicht zeigen.

Anne Düniger

Propaganda 2.0

Ein Blick auf die „neuen“ Ideologien der extremen Rechten

Hört man den Namen „Fest der Völker“ (FdV) zum ersten Mal, könnte man glatt ein multikulturelles Straßenfest mit indischer Musik und türkischen Volkstanzgruppen erwarten. Ganz so idyllisch sieht die Realität allerdings nicht aus. Hinter dem fast unschuldig anmutenden Namen verbirgt sich ein europaweites Festival der Naziszene, ausgerichtet von Leuten aus dem Umfeld der sich gern so bürgerlich gebärdenden NPD. Nun stellt sich die Frage, woher eigentlich der rhetorische Wandel in der rechten Szene kommt und ob sich denn tatsächlich eine dementsprechende neue Ideologie herausgebildet hat, fernab der sozialdarwinistischen Rassenlehre der NSDAP.

„Nationaler Sozialismus“

Bei einer ideologischen Betrachtung der extremen Rechten stechen vor allem zwei Dinge deutlich ins Auge: zum einen der so genannte „Ethnopluralismus“ und zum

anderen antikapitalistische Slogans. Auf der Homepage des „Fests der Völker“ finden sich beispielsweise Sätze wie „Unser Feind ist der Kapitalismus — Unsere Lösung Nationaler Sozialismus!“.

Was den Ethnopluralismus betrifft, so drückt er seine Forderungen gern in der Parole „Europa der Vaterländer!“ aus, dem Wahlspruch des „Fests der Völker“. Und tatsächlich propagiert dieses Gedankenmodell vordergründig, im Gegensatz zum klassischen Rassismus, keine rassistische Überlegenheit mehr, sondern eine Welt von völlig unabhängigen, starken Nationalstaaten. Lediglich das Postulat einer absoluten ethnischen und kulturellen Homogenität wird hoch gehalten. Schon einige nähere Betrachtungen machen jedoch deutlich, dass die alte Schule des Sozialdarwinismus hier noch unverkennbar die Feder geschwungen hat. Beide Weltanschauungen gehen nämlich davon aus, dass sich ein Volk, eine Kultur (der Begriff Rasse wird natürlich aufgrund seiner negativen Konnotation bewusst umgangen) nur dann „gesund“ und frei entwickeln könne, wenn es von jeglichen Fremdeinflüssen rein bleibt.

Um dies auf den Punkt zu bringen, finden meistens Begriffe wie „Überfremdung“ (Die NPD spricht auf ihrer Homepage sogar offen von „biologischer Überfremdung“) oder „Identität unserer Völker“ (siehe Aufruf des FdV) Anwendung.

Überfremdungsrhetorik

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk schreibt dazu in seiner Veröffentlichung „Rechtsextreme Argumentationsmuster“: „In der Tat gehört das Begriffsfeld solcher Überfremdungsrhetorik zu den Kernelementen jeder rechtsextrem-ethnozentrischen Propaganda. Sie ist gleichermaßen in antisemitischen Pamphleten seit dem 19. Jahrhundert wie in zahlreichen rechtspopulistischen Bekundungen von heute enthalten.“

Einerseits propagieren Ethnopluralisten zwar eine gewisse Vielfalt der verschiedenen Nationalstaaten, doch beziehen sich konkretere Aussagen und Forderungen fast ausschließlich auf Europa und, je nach Lage, einige wenige andere westliche Länder mit vorwiegend weißer Bevölkerung.

Die wenigen gelegentlichen Ausnahmen treten zumeist dann auf, wenn sie sich zu einem Angriff auf politische Gegner jeglicher Art (vor allem aber Israel und das Ju-

dentum) verwenden lassen. So geschieht es keinesfalls selten, dass Befreiungsbewegungen in Palästina von rechtsextremer Seite verbal unterstützt werden, um antisemitische Propaganda zu transportieren. Ob die Gruppen, Personen oder Bewegungen dies überhaupt wissen bzw. ob sie es wollen oder sogar vehement ablehnen, spielt in diesem Moment keine Rolle. Dass das alte Bild vom raffenden jüdischen Finanzkapital, welches das ehrenwerte deutsche Unternehmertum, „unsere“ Industrie, in die Knechtschaft zwingt, immer noch stark präsent ist, zeigt sich dann vor allem bei diversen Ausfällen von Leuten wie Horst Mahler, der in der Szene eine hohe Popularität genießt. Neu ist diese ganze Taktik übrigens nicht. Schon das faschistische Deutschland hat exakt dasselbe versucht und von Fall zu Fall mit mehr oder weniger Erfolg solche Kollaborationen angestrebt.

Kein politisches Konzept

Was den „Antikapitalismus von rechts“ angeht, so verbirgt sich dahinter weniger ein politisches Konzept als eine politische Phrase. Die rechte Kritik am Kapitalismus kommt nicht über Sätze hinaus, wie: „Längst schon vertreten multinationale Konzerne keinerlei nationale oder gemeinschaftsgebundene Einstellungen mehr.“ (nachzulesen auf der Homepage der NPD)

Diesem globalen Aspekt der kapitalistischen Ökonomie wird dann die Idee eines starken, standhaften Nationalstaates entgegengesetzt. Nach einer fundierten wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse sowie der Möglichkeit ihrer Überwindung, wie sie z.B. das Anliegen des Marxismus ist, sucht man vergebens. Dies ist also kaum eine politische Innovation, sondern erinnert eher an die Rhetorik des Röhm-Strasser-Flügels der NSDAP in den 20er und frühen 30er Jahren.

Allerdings zeigt sich auch hier schon, dass sich die eigentliche Ideologie der Nazis in den letzten 80-90 Jahren nicht wesentlich verändert hat. Natürlich haben politische Strategien, wie z.B. die vielen Versuche zur Vereinnahmung verschiedener Jugendsubkulturen, zu einem Wandel in den Darstellungsformen der extremen Rechten geführt. Der Kern ihrer Weltanschauung bleibt der selbe.

Sascha Döring



Jeder bleibt in seiner Parzelle!
FOTO: JAN RAIMANN@PHOTOCASE.DE

Demoratgeber

Nützliches Wissen für potentielle Blockierer



Richtig Blockieren will gelernt sein!
FOTO: AKRÜTZEL-ARCHIV

Persönliches

Die beiden wichtigsten Dinge vorweg genannt: der mitgebrachte Personalausweis und die Freunde, denen man vertraut. Schon auf der Hinfahrt sollte man sich gemeinsam zu einer Bezugsgruppe formieren, die dann zwischen vier und acht Personen umfasst. In der Gruppe ist man vor willkürlichen Übergriffen durch Polizei und Nazi-Pack geschützt. Es demonstriert sich entspannter. Die Ausgehgarderobe umfasst festes Schuhwerk, regenfeste Kleidung (sogar bei Sonnenschein), einen ausreichend großen Rucksack, ein umfangreiches Lunch-Paket, Kartenmaterial von der Umgebung und natürlich ein Mobiltelefon. Weder Waffen noch Drogen in irgendeiner Form, darunter fällt auch Alkohol, sollten diese Reise überhaupt antreten. Gleiches gilt auch für Schmuck.

Watch yourself!

Meinungsfreiheit

Im Falle der Meinungsfreiheit ist zwischen Tatsachenbehauptungen und Meinungen zu unterscheiden. Erstere sind im Konfliktfall zu belegen. Meinungen sind hingegen auch dann legal, wenn sie falsch, überspitzt oder polemisch sind. Ausnahmen bilden Formbeleidigungen und die sogenannte Schmähkritik, die haltlos und ohne jeden sachlichen Bezug daherkommt. Also:

Watch your mouth!

Sitzblockaden

Eine Versammlung, die zu unbeabsichtigten Behinderungen im Straßenverkehr führt, ist noch keine Blockade. Einfache

Sitzblockaden sind ihrerseits keine strafbaren Nötigungen mehr (§ 240 StGB). Die Vorzeichen ändern sich, wenn sich Demonstranten zu Blockadezwecken anketten oder technische Hindernisse schaffen. Der Protest wird unter diesen Umständen im Rahmen der Gesetzesauslegung (BVerfGE 92, 1) zur Gewalt und damit zu einer Straftat. **Watch your seat!**

Strafverfolgung

Falls es in Pöbneck hart auf hart kommt und die Polizei einen selbst vorläufig festnimmt, dann sollten zwei Dinge gewährleistet sein: die eigene Friedfertigkeit und das Dabeihaben des Personalausweises. Auf diesem Weg erspart man sich einen längeren Aufenthalt in polizeilichem Gewahrsam. In Pöbneck wird die Nummer des Ermittlungsausschusses (EA) bekannt gegeben werden. Es empfiehlt sich, sie bei sich zu haben (am besten auf den Arm geschrieben). Der EA steht als juristischer Ansprechpartner bei Festnahmen zur Verfügung.

Kommt es gar zu einer Anzeige, sollte jede Erklärung zur Sache vermieden werden. Auch Angaben über Beruf oder Arbeitgeber können verweigert werden. Frühstens nach Einsichtnahme in die Ermittlungsakten durch den Strafverteidiger sollte eine Aussage in Frage kommen. Die Umstände der Verhaftung sollten in einem Gedächtnisprotokoll festgehalten und mögliche Zeugen für einen späteren Prozess namhaft gemacht werden. **Watch your step!**

Christian Fleige

Aktionen in Pöbneck

Du hast dich entschlossen nach Pöbneck zu fahren, um gegen das „Fest der Völker“ zu protestieren, um es zu behindern und möglicherweise auch zu verhindern. Was aber erwartet dich genau, wenn du aus dem Zug in Pöbneck steigst?

Zunächst einmal ist es nahezu unmöglich genau vorherzusagen, was passieren wird. Es wäre auch fatal, hier zu schreiben, wann vielleicht welche Straße blockiert werden soll.

Wenn du dich an einer Sitzblockade beteiligen möchtest, solltest du dich an den Sammelpunkten (je nachdem, woher man kommt, an einem der beiden Bahnhöfe) mit anderen zusammentun. Das „Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ wird, wie in den letzten Jahren auch, gewaltfreie Blockaden organisieren.

Das Netzwerk geht hierbei nach dem „Fünf-Finger-System“ vor. Konkret heißt das: Die Demonstranten finden sich in einem der fünf „Finger“ zusammen und steuern zügig und entschlossen auf das Blockadeziel zu.

Ein „Finger“ besteht aus mehreren Bezugsgruppen. Jede Bezugsgruppe besteht aus zehn bis fünfzehn Menschen, die während der Proteste jeweils aufeinander aufpassen. Falls es unübersichtlich wird, kann sich die Bezugsgruppe über ein vorher ausgemachtes Signalwort wiederfinden. Einen einzelnen „Finger“ kann man sich wie einen separaten Demozug vorstellen, der sich farblich von anderen abgrenzt. Die „Finger“ versuchen auf verschiedenen Wegen zu Blockadepunkten zu kommen. Sollten die Gruppen auf Hindernisse stoßen (in Form der Staatsgewalt), so gilt der Konsens des Aktionsnetzwerks: entschlossen, aber gewaltfrei. Es wird möglichst versucht, die Hindernisse zu umfließen oder zu umgehen. Dabei kann es passieren, dass einzelne Personen zurückbleiben, weil sie von der Polizei aufgehalten werden. Für sie sorgt normalerweise der Ermittlungsausschuss. Kommt der „Finger“ an sein Ziel, setzen sich die Menschen dort auf die Straße (jedoch ohne sich anzuketten oder Ähnliches).

Ob in Pöbneck darüber hinaus noch eine Demonstration stattfinden wird, ist noch nicht klar. In jedem Fall stehen für den Ernstfall sowohl erfahrene Demo-Sanitäter für Verletzungen als auch so genannte „Emo-Sanis“ für den psychischen Stress bereit.

Philipp Böhm

(Mehr Infos auf www.aktionsnetzwerk.de)

Anfahrt nach Pößneck

Das Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, KoKont Jena und das Aktionsbündnis gegen Rechts organisieren eine gemeinsame Hinfahrt nach Pößneck. Die Bahn stellt für die Strecke verlängerte Züge zur Verfügung, so dass alle Demonstranten problemlos nach Pößneck kommen können. Studenten können mit ihrer Thoska kostenlos fahren. Anmelden kann man sich über:

info@jg-stadtmitte.de, mail@aktionsnetzwerk.de, kokont@t-online.de
oder über 03641/236606 (KoKont Jena)

Die Abfahrtszeiten sind am 12. September um 07:25 und um 08.25 Uhr am Paradiesbahnhof in Jena. Treffpunkt für alle Demonstranten aus Jena ist um 09.00 Uhr am unteren Bahnhof in Pößneck.

Infos über Pößneck

Pößneck ist mit über 13.000 Einwohnern die größte Stadt des Saale-Orla-Kreises in Thüringen. Bekannt ist Pößneck unter anderem durch den dort geborenen Roland Matthes, seines Zeichens erfolgreichster Rückenschwimmer aller Zeiten, sowie durch das spätgotische Rathaus. 1983 wurde in der Stadt der Kinderfilm „Moritz in der Littfaßsäule“ gedreht. Bekannt ist Pößneck auch durch seine rechtsextreme Szene, die sich im Umfeld des „Schützenhauses“ bewegt. Dort fand auch im April 2005 der Landesparteitag der NPD statt.

(pbm)

Stadtplan Pößneck

